

Hauptausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 39'367  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2  
Fläche: 142'926 mm<sup>2</sup>

<sup>b</sup>  
UNIVERSITÄT  
BERN

Auftrag: 1051334 Referenz: 71307328  
Themen-Nr.: 377.001 Ausschnitt Seite: 1/3

## Fusion könnte Ausländerstimmrecht befördern

**Bern-Ostermundigen** Ist es ratsam, bei einer Fusion zwischen Bern und Ostermundigen für die Parlamentswahl Wahlkreise zu bilden, wie das die Gemeindepräsidenten Alec von Graffenried und Thomas Iten diskutieren wollen? Berner Politologen raten zur Vorsicht.

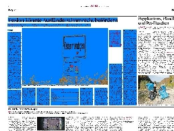


Stochern im Nebel: Eine Fusion von Ostermundigen mit Bern wird viele Fragen aufwerfen. Auch die Stadt Bern wird Grundsatzfragen zu beantworten haben. Foto: Manuel Zingg

### Fusion Bern-Ostermundigen

Stadtteile	aktuell Parlamentssitze	neu Parlamentssitze	Bevölkerungszahl
Innenstadt	6	2	4586
Länggasse-Felsenau	14	10	19447
Mattenhof-Weissenbühl	11	16	31133
Kirchenfeld-Schosshalde	21	14	27026
Breitenrain-Lorraine	18	12	25427
Bümpliz-Oberbottigen	11	17	34860
Ostermundigen	40	9	17916
	(eigenes Parlament)		
<b>Gesamt</b>	<b>80</b>	<b>80</b>	<b>160395</b>
	(ohne Ostermundigen)		

«Das kleine Beispiel mit den Wahlkreisen zeigt aber: Es wird sehr bald um emotionale Fragen wie Identität und politische Macht gehen.»



## Jürg Steiner

Bern würde ein bisschen bürgerlicher, und Kleinparteien – etwa die CVP, aber auch kleine Linksaussen-Gruppierungen – würden in akute Not geraten, weil die arithmetischen Hürden höher werden: So sähe das Szenario aus, wenn nach erfolgter Fusion von Bern mit Ostermündigen das Stadtparlament unterteilt in mehreren Wahlkreisen ermitelt würde.

Nachdem diese Zeitung vor drei Wochen ihre eigenen Berechnungen zu diesem vorderhand hypothetischen Zukunftsmodell publiziert hatte, meldeten sich auch Kritiker zu Wort. EVP-Grossrat Ruedi Löffel forderte in einem allfälligen Wahlkreissystem Massnahmen zum Schutz kleiner Parteien. Und Markus Heinzer, Vizepräsident des Stadtberner Grünen Bündnisses, hielt fest, es sei wichtig, die Einführung eines Wahlkreissystems für Bern frühzeitig und gründlich zu analysieren. Aus seiner Sicht würden die Nachteile überwiegen, es führe vor allem zu einer Beschränkung des Wahlrechts und trage nicht dazu bei, die politische Partizipation der Stadtteile zu erhöhen.

Diese kurzen ersten Rückmeldungen lassen erahnen, dass komplexe Diskussionen bevorstehen, wenn Bern und das finanziell angeschlagene Ostermündigen Richtung Fusion einspüren. Vorderhand befindet sich das Projekt in einer Vorstufe: Der Grosse Gemeinderat hat die Ostermündiger Regierung beauftragt, eine Fusion zu prüfen und bis Ende 2020 Entscheidungsgrundlagen vorzulegen (wir berichteten). Das Beispiel mit den Wahlkreisen zeigt aber: Es wird schon sehr bald um mitunter emotionale Fragen wie Identität

und politische Macht gehen.

## Wackliger Wahlkreis

Fritz Sager, Professor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, hat sich zusammen mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern David Kaufmann und Stefan Wittwer dazu vertiefte Gedanken gemacht. Im Auftrag von «Bern neu gründen» publizierten die drei Politologen im Jahr 2017 in einer Studie konkrete Vorstellungen darüber, wie sich eine mit allen zwölf Agglomerationsgemeinden fusionierte Grossstadt Bern politisch neu organisieren müsste. Einer der Vorschläge: Die Mitglieder des künftigen Stadtrats müssten in Wahlkreisen gewählt werden, damit alle geografischen Teile der Grossstadt im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl im Parlament vertreten wären.

Auf Anfrage äussern Sager, Kaufmann und Wittwer einige Überlegungen zur möglichen Fusion Bern-Ostermündigen. Grundlage ist die Berechnung dieser Zeitung, gemäss der die fünf Berner Stadtteile zu Wahlkreisen würden und Ostermündigen als sechster hinzukäme. «Man müsste auf jeden Fall grössere Wahlkreise bilden», hält Fritz Sager fest.

Gemäss einem Bundesgerichtsurteil sollten Wahlkreise so gross sein, dass mindestens neun Parlamentssitze zu vergeben sind. Das bedeutet: Ein Wahlkreis müsste mindestens 18 000 Einwohnerinnen und Einwohner zählen, eine Grösse, die Ostermündigen nur ganz knapp erreicht. Ein eigener Wahlkreis Ostermündigen wäre also ein wackliges Konstrukt.

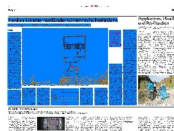
## Pukelsheim für die CVP

Ein erprobtes Rezept gibt es laut den Politologen hingegen zum Schutz der kleinen Parteien, die vor allem in Wahlkreisen, in denen wenige Sitze zu verteilen sind, einen sehr schweren Stand hätten. Das besagte Rezept besteht aus einer mathematischen Formel und trägt den launigen Namen «doppelter Pukelsheim», eine Zürcher Wortschöpfung, weil der Mathematiker Friedrich Pukelsheim das Verfahren im Auftrag des Kantons Zürich ausarbeitete. Es handelt sich um ein zweistufiges arithmetisches Zuteilungsverfahren für Proporzwahlen, das die Chancengleichheit für Kleinparteien garantiert. Salopp gesagt: Im fusionierten Bern bräuchte etwa die heutige Regierungspartei CVP den doppelten Pukelsheim dringend, um parlamentarisch zu überleben.

Als Herausforderung betrachten die Politologen die Frage, ob es wichtig sei, die lokal unterschiedlichen politischen Präferenzen im Wahlkreissystem zu berücksichtigen. Spannend ist der Fall des Stadtteils Bümpliz-Oberbottigen. Im heutigen System ist Bümpliz (35 000 Einwohner) im Stadtrat krass untervertreten – mit 11 Sitzen statt mindestens 17, die ihm aufgrund der Bevölkerungszahl zustünden.

## Stimmrecht für Ausländer?

Wäre Bümpliz ein Wahlkreis, könnte sich Berns Westen in der städtischen Politik besser bemerkbar machen – mit einer stärkeren Delegation, die jedoch im sonst rot-grünen Bern eine pointierte bürgerliche Ausrichtung hätte. Die SVP, die stadtweit bloss auf einen Wähleranteil von 11 Prozent kommt, ist mit 26 Prozent die stärkste Partei in



Hauptausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 39'367  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlichSeite: 2  
Fläche: 142'926 mm<sup>2</sup>Auftrag: 1051334  
Themen-Nr.: 377.001Referenz: 71307328  
Ausschnitt Seite: 3/3

Bümpliz – notabene in dem Stadtteil mit dem höchsten Anteil an Ausländern (die nicht wahlberechtigt sind). Das heisst auch: Im Wahlkreis Bümpliz würde ein relativ kleiner Anteil an Wahlberechtigten für eine verhältnismässig grosse Bevölkerungsgruppe die politische Ausrichtung bestimmen.

«Da stellen sich Fragen der Gerechtigkeit», sagen die Politologen um Sager. Im Prinzip, folgern sie, dränge es sich bei der Einführung von Wahlkreisen erst recht auf, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer auf lokaler Ebene einzuführen. Erst dann erhielte man das tatsächliche Bild der politischen Haltungen pro Wahlkreis.

#### Ein Sitz für Ostermundigen

Grundsätzlich begrüsst Fritz Sager den Prozess der kleinen Schritte in der Agglomeration Bern, mit dem nun immerhin plötzlich eine Fusion von Bern und Ostermundigen vorstellbar geworden ist. Er glaubt allerdings auch, dass das Projekt an Schub gewinnen würde, wenn Ostermundigens Nachbargemeinden, etwa Bolligen und Ittigen, «die Gunst der Stunde nutzen» und sich einklinken würden. Das spezifische Gewicht des zu Bern stossenden Fusionspartners würde grösser – und ein eigener Wahlkreis würde sich eher begründen lassen.

Aus praktischer Sicht ist Sager

der Ansicht, einen Wahlkreis Ostermundigen nur in der Anfangsphase der Fusion zu bilden – um allfälligen Ostermundiger Ängsten, dass man politisch von Bern übernommen würde, vorzubeugen. Langfristig plädiert er dafür, die Grenzen der Wahlkreise nicht entlang der heutigen Gemeindegrenzen zu ziehen, damit das Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen Stadt nicht gebremst werde.

#### Zusätzliche Gemeinderäte?

Eine offene Frage ist auch, ob die Stadtregierung bei einer Fusion ausgebaut werden müsste – von heute fünf auf sieben Mitglieder. Aus Sagers Sicht wäre das erst bei einem grösseren Zusammenschluss notwendig. Stösst nur Ostermundigen zu Bern, würden die Politologen bei fünf Mitgliedern im Stadtberner Gemeinderat bleiben.

Als sinnvolle Massnahme zur Stärkung der Ostermundiger Identität in der fusionierten Stadt sähe Fritz Sager jedoch einen garantierten Ostermundiger Sitz in der Stadtregierung. Auch das allerdings, wie Sager präzisiert, nur als Starthilfe in der Anwärmphase hin zu einem fusionierten Stadtgefühl. Langfristig hält Sager eine Ostermundiger Lokalversion des garantierten Jura-Sitzes im Regierungsrat allerdings nicht für zielführend.